RK 3164/20

Wurf von Büchel, Gotha

U.R. 25/3.20 138
R. Min. d. Innern

Wir bekamen in Gotha Sonnabend früh um 9 Uhr die Meldung aus Berlin über den Militärputsch. und Weisung dass die Zentralleitung der S.P.D den Generalstrek zum Kampf gegen die Reaktionäre beschlossen hatte. Im Namen der S.P.D. gingen das Mitglied der Landesversammlung Genosse E.Koch und Franz Büchel als Vorstandsmitglieder der Landesorganisation zur Landesregierung und stellten an deise die Frage, ob sie als Regierung auf dem Boden der Reichsverfassung und zur Reichsregierung stebe. Ferner, was sie zu tun gedächte, um ihrerseitsden Kampf gegen die Reaktion zu führen. Wir, also die Vertreter der S.P.D. forderten von der Landesregierung die Durchführung des Generalstreiks und wünschten, zwecks Zusammenfassung des gesamten proletarischen Volkes zum Kampfe gegen die Reaktion, die Umbildung der Landesregierung, in dem Sinne, dass alle demokratisch, sozialistisch und republikanisch gesinnten Teile der Landesbevölkerung in der Regierung zusammengefasst würden. Auf die Fragen und Wünsche der S.P.D.Vertreter erklärten die beiden anwesenden Mitglieder der Landesregierung Grabow und Schauder, dass sie die Antwort jetzt nicht erteilen können, sie müsse als Landesregierung erst Rücksprache mit ihrer Fraktion(der U.S.P.D.) nehmen und erkläre die Antwort am Nachmittag um 2 Uhr der S.P.D.Leitung zustellen zu wollen. Nachmittag gegen 4 Uhr begaben sich obengenannten beiden Vertreter der S.P.D. zusammen mit dem Vorsitzenden der örtlichen Parteiorganisation Genossen Freund zur Landesregierung, um die Antwort dortselbst in Empfang zu nehmen. Sie wurden von Herrn Schauder und Grabow im Beisein einer Anzahl anderer Personen empfangen. Genosse Büchel erklärte den beiden Regierungsmitgliedern, dass

K536985

RK 4110/20

die S,P.D. Vertreter nur gekommen seien, um mit der Landesregierung über die notwendigen Massnahmen zur Bekämpfung der Gegenrevolution zu sprechen und wünschte Auskunft über den Zweck der anderen, nicht der Landesregierung angehörigen, anwesenden Personen. Sofort erklärte ein Herr, der mit zugegen war, folgendes:"Ich bin Vertreter der K.P.D. und habe den S.P.D.Vertretern folgendes hier zu unterbreiten: Die Landesregierung kann jetzt aus eigenem nichts mehr bestimmen. Heute mittag ist zwischen der K.P.D. und der U.S.P. eine Einigung zustande gekommen. in Verfolg dessen ein revolutionärer Vollzugsrat gebildet worden ist. Die Landesregierung hat sich unter den Befehl des Vollzugsrates gestellt, dieser hat die gesamte politische Macht übernommen, die Landesregierung hat nur noch die Lebensmittelversorgung des Landes zu regeln." Der Genosse Büchel protestierte sofort im Namen der S,P,D. gegen einen derartigen Verfassungsbruch und verlangte die Herstellung der verfassungsmässigen Zustände. Die S.P.D. lehne es rundweg ab, mit diesem Vollzugsrat in irgend einer Weise in Verbindung zu treten. Für sie existiere nur die in der Reichs- und in der Landesverfassung festgelegten politischen Organe, das ist die Landesregierung und die Landesversammlung. Die Landesregierung werde die Verantwortung für das was sie tut, der Reichsregierung und der Landesversammlung, Rechenschaft schuldig sein. Im übrigen wünsche er nunmehr zu wissen, was die Landesregierung als solche zur Bekämpfung der Gegenrevolution zu tun gedenke. Darauf erklärte Herr Grabow: Die Landesregierung sei bereit einen Aufruf zur Durchführung des Generalstreiks herauszugeben. Ein Herr Brill sei eben dabei, denselben aufzusetzen und er bitte uns, diesen Aufruf zur Kenntnis zu nehmen. Derselbe ist dann später in der Gesetzsammlung für den Freistaat Gotha als Verordnung der Regierungherausgekommen. In demselben verordnet die Regierung, dass die örtlichen revolutio-

K536986

onären Betriebsräte unverzüglich Verteidigungsausschüsse zu bilden hätten, die unter den Befehl des Vollzugsrates von Gotha gestellt werden. Die Forderung des Genossen Büchel, dass der Passus über die Verteidigungsausschüsse in diesem Aufruf gestrichen werden sollte, ebenso, dass die gesamte Bevölkerung aufgefordert wird, zum Schutze der Reichsverfassung und verfassungsmässigen Reichsregierung den Generalstreik durchzuführen, wurde nicht angenommen. Darauf lehnten die S.P.D.Vertreter die Verantwortung für einen solchen Aufruf ab und behielten sich freie Hand in ihren weiteren Massnahmen vor. Im Laufe des Nachmittags war aber bereits folgendes geschehen: Auf dem Flugplatz in Gotha war seit längerem eine Fliegerstaffel der Sicherheitswehr stationiert, die aus ungefähr 70 Köpfen bestand. Der Flugplatz und die Sicherheitswehr wurden gegen mittag von einer grossen Anzahl Personenüberfällen und trotz der Erklärung, dass sie nach wie vor auf dem Boden der Reichsverfassung und der Reichsregierung stehen, entwaffnet und ungefähr 500 Gewehre und Maschinengewehre gestohlen. Die Forderung der S.P.D.Vertreter an die Landesregierung, dafür zu sorgen, dass das gestohlene Reichsgut und die Waffen wieder in den Besitz des Staates zurückgeführt werden, wurde von der Landesregierung dahingehend beantwortet. dass sie als solche nichts dazu tun könne, die S.P.D. solle sich an den Vollzugsrat wenden. Nach Abbruch dieser Verhandlung wurde von den S.P.D.Vertretern festgestellt dass eine grosse Menge Zivilpersonen bewaffnet die Strassen belebten und zumteil Passanten belästigten. ~~xxxxxxxxxxxxxxxx~~ Ebenfalls waren an den Anschlagsäulen Anschläge, gezeichnet von dem Vollzugsrat zu lesen.

Auf die Hilferufe der Sicherheitswehr in Gotha an den Block ~~noch~~ ein

K536987

Erfurt, rückte daraufhin am Sonntag früh eine Abteilung Sicherheitswehr unter dem Befehl des Major Heims in Gotha ein, um die Uxxxxfx überfallene Fliegerstaffel vor weiteren Misshelligkeiten zu schützen. Das Garnisonkommando, welches sich bereits am Sonnabend unter Führung eines Hauptmann Xxxxx Caesar, als auf dem Boden der Reichsverfassung stehend bezeichnet hatte, berief für Sonntag vormittag die Vertreter der verschiedenen politischen Parteien zu einer Besprechung ein. Diese fand im Hause des Garnisonkommandos in der Beckendorfstr. statt. Herr Major Heims, der den Vertreter der S.P.D.Genossen Büchel, der demokratischen Partei Herrn Dr. Gutmann, Herrn Grabow als Mitglied der Landesregierung, Vertreter der U.S.P. empfing, erklärte sofort folgendes:

" Meine Herren! Ich bin heute morgen auf Befehl meiner vorgesetzten Behörde in Gotha einmarschiert, um die verfassungmässigen Zustände wieder herzustellen. Ich habe Sie deswegen eingeladen, um mit Ihnen zusammen für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zu sorgen. Ich habe Ihnen nunmehr folgenden Befehl zu unterbreiten: Die Landesregierung ist abgesetzt, die Landesversammlung ist aufgelöst. Neuwahlen werden in allerkürzester Zeit stattfinden und Sie meine Herren habe ich hierher gebeten, um für die diese Zeit des Ueberganges eine Koalitionsregierung zu bilden. Die Landesregierung soll vorläufig verhaftet werden, Herr Grabow ist bereits verhaftet, ich hage ihn hier hin bringenlassen, damit er als Vertreter der Landesregierung von diesem Befehl Kenntnis hat und bitte Sie nun meine Herren, sich über die Bildung einer Koalitionsregierung zu äussern." Dccc Genosse

Der Genosse Büchel erklärte hierauf für die S.P.D. sowie Herr Gutmann für die D.P.: Bevor wir überhauptxixxxxxxxxxxxxxxxxx irgend eine Verhandlung über Ihre Massnahmen aufnehmen, verlangen wir von Ihnen, eine

klipp und klare Stellungnahme zur Reichsverfassung und Reichsregierung. Im übrigen lehnen wir eine Regierungsbildung aus der Hand militärischer Behörden rundweg ab, sofern nicht Sie als Befehlshaber einen direkten Befehl der Reichsregierung Ebert-Bauer aufweisen können. Die Aenderung der Regierung ist eine Sahhe der politischen Parteien, um die Sie sich als militärischer Befehlshaber in keiner Weise zu bekümmern haben.

Herr Major Heims erklärte daraufhin nach einigem Zögern: " Meine Herrn! Ich handele hier auf Befehl meiner vorgesetzten Behörde in Weimar und muss Ihnen erklären, dass ich persönlich auf dem Boden der Kapp-schen Regierung stehe. Der Ihnen bekannt gegebene Befehl war nur ein Entwurf, den ich Ihnen vor der Vollstreckung zur Billigung vorgelegt habe. Nach Ihrer Weigerung eine Koalitionsregierung zu bilden, ziehe ich meinen Befehl zurück. Die von Herrn Büchel geforderte Enthaftung der Mitglieder der Landesregierung gebe ich hiermit statt."

Der Genosse Büchel sowie Herr Gutmann erklärten daraufhin für ihre beiden Parteien, dass sie gegen die Massnahmen des Herrn Major Heims den schärfsten Kampf führen werden und würden auch nicht vor den äussersten Mitteln schrecken. Herr Major Heims würde von ihnen als Rebell betrachtet und hätte mit seiner Person das zu verantworten, was daraus z entsteht. Hierauf wurden die Verhandelungen abgebrochen.

Am Spätnachmittag aufgenommene neue Verhandlungen zwecks Bildung einer Koalitionsregierung, die dann am Montag fortgeführt wurden, endeten ergebnislos an der ablehnenden Haltung der U.S.P. Auf Vorstelligwerden beim Kommandeur der Reichswehr in Erfurt, Herrn Oberst Selle, erklärte dieser, dass er mit seinen ganzen Truppen und der gesamten 11. Reichswehrbrigade auf dem Boden der Reichsregierung und der Reichsverfassung stände Die Massnahmen und Stellungnahme des Major Heims missbillige er aufs schärfste und enthob Herrn Major Heims seines Kommandos, welches auf den Major der Reichswehr Herrn Zimmermann übertragen wurde.

K536989

Major Zimmermann ~~xxxkkxxx~~ erklärte sich als auf dem Boden der Reichsverfassung stehend und stellte nach Uebernahme des Kommandos an die Landesregierung die Forderung, dafür zu sorgen, dass das gestohlene Heeresgut aus der Fliegerwerft wieder zur Verfügung der Reichsorgane gestellt werde. Die Landesregierung erklärte sich dazu ausserstande, daß sie garkeine Macht mehr habe. Sie bitte den Major sich mit dem Vollzugsrat in Verbindung zu setzen. An diesen wurde nun von dem Major Zimmermann die Forderung nach Ablieferung der Waffen gestellt, die von diesem ebenfalls nicht erfüllt wurde.

Am Dienstag ~~xxx~~ nachmittag führen im Auftrage ihrer Parteien der Genosse Büchel für die S.P.D., Herr Hose für die D.P.D., Herr Witzmann für die Deutsche Volkspartei und ein Hauptmann der Sicherheitswehr als Vertreter derselben nach Kassel, um mit den Leitern der militärischen Stellen, das waren Exellenz Stolzmann und Herr Dr. Schwander persönlich zu sprechen. Die Erklärung die die Abgesandten der politischen Parteien dort bekamen, waren sehr zufriedenstellender Art, sie furen sofort wieder zurück, um in Gotha den Abbruch des Generalstreiks herbeizuführen. Bei Ihrer Rückkehr war unterdessen folgendes passiert: Die von Reichswehr- sowoahl, wie von Sicherheitstruppen besetzte Reichspost, war gegen Mittag von einer nach hunderten zählenden Menge angegriffen worden, wobei aus der Menge Schüsse fielen, die auch Sicherheitswehrleute verletzten. ~~xxxxx~~ Als daraufhin die Besatzung des Postgebäudes Feuer gab, stob die Menge auseinander und liess zweit Tote und mehrere Verletzte auf dem Platz. Von der Reichswehr war ein Mann tot. Weiter waren im Laufe des Tages zwei Mitglieder der Reichswehr, die mit einem Wagen nach Holz gefahren waren, überfallen und erschlagen worden.

K536990

Daraufhin angeknüpfte Verhandlungen zwischen dem Kommando der Reichswehr und dem Vollzugsrate endeten mit einem Waffenstillstand, der aber plötzlich xxxxxxx durch einen bewaffneten Angriff auf die Fliegerwerft gebrochen wurde. Daraufhin verhängte Major Zimmermann nach Einholung der xxxxxxxxxxx Zustimmung seiner vorgesetzten Behörde das Standrecht über Gotha. Patrouillen durchzogen die Stadt, Ruhe und Ordnung wurde hergestellt. Das Volkshaus zu Mohren, das Hauptquartier des xxxxxx Vollzugsrates wurde geschlossen. Die Nacht vom Mit woch zum Donnerstag verlief ruhig. Am Donnerstag früh wurde gemeldet, dass eine mehr als 2000 Mann starke bewaffnete Menge das Lager Ortruf überfallen und sich der dort liegenden Waffen und Monutionsvorräte bemächtigt hätte. Dabei seien von den Aufrührern die dortliegende Abteilung der Reichswher zumteil als Gefangene xxxxxxxxxxxxx abtransportiert worden. Die Aufrührer mit schweren M-G.,Panzerautos, Minenwerfern usw. rückten gegen Gotha heran und griffen die Stadt in den Vormittatsstunden an.

Im Namen des S.P.D. Landesverstandes begab sich Genosse Büchel daraufhin zum Kommandeur Zimmermann und bot demselben seine Vermittlung an. Da nach Meinung der S.P.D. in dem bewaffneten Gegenüberstehen der Reichs- und Sicherheitswehr auf der einen und den Angreifern von xxxxxx auf der anderen Seite, ein schwerer Irrtum zu liegen scheine. Nachdem sich die Sicherheits- und Reichswehr auf den Boden der Reichsverfassung gestellt habe, gelte sie als die Vertreterin der Reichsinteressen und nunmehr müsste festgestellt werden, ob die Angreifer auch zum Schutze der Reichsverfassung auftreten. Herr Major Zimmermann nahm die Vermittlunge des Genossen Büchel an und mit einer weissen Flagge begab er sich über die Linien und wurde auf der anderen Seite seinem Wunsche entsprechend zur Leitung des ganzen Unternehmens geführt. Diese befand sich im äussersten Südwesten der Stadt in einem Hause der Uelleberstr. Am Tische der Leitung sassen Herr Kreuzburg und Herr Otto Geithner

K536991

und noch verschiedene andere Herren. Diesen trug der Genosse Büchel seine Mission vor und erklärte; Ich nehme nicht an, dass ich es hier mit Ihnen als Gegenrevolutionäre zu tun habe. Nachdem sich die Reichswehr, sowohl wie die Sicherheitswehr auf den Boden der Reichsverfassung gestell hat, frage ich Sie, ob Sie dasselbe tun und wenn ja, in diesem Falle meine Vermittlung zur Vermeidung von Blutvergiessen annehmen. Daraufhin erklärte ein anwesender unbekannter Herr: Eine Reichsregierung besteht nicht mehr, diese ist geflüchtet und die Reichsverfassung .... (dabei machte er eine wegwerfende Handbewegung) Er verwies dann nach der Strasse wo sich eine sehr grosse Menge Bewaffneter, Maschinengewehr, Minenwerfer und ein Panzerauto sich befanden. Auf die ausdrückliche Bitte des Genossen Büchel, eine Entscheidung so rasch wie möglich von der Gefechtsleitung zu erhalten, erklärte Herr Creutzburg: "Bevor wir überhaupt Verhandlunen aufnehmen, muss die Reichs- und Sicherheitswehr zuerst hier bei uns die Waffen niederlegen" Diesem Ausspruche stimmte Herr Geithner zu. Daraufhin erklärte der Genosse Büchel noch einmal, dass er die sogenannte Gefechtsleitung bitte, ihre Entschlüsse reiflich zu überlegen und nicht aus dem Handgelenk heraus zu handeln. Die Antwort, die die Herren der Gefechtsleitung erteilten, würden sie vor der ganzen Menschheit verantworten müssen. Er gebe zu bedenken, dass bei einer Ablehnung seiner Vermittlung das Blut, welches dann vergossen wird auf das Konto der Herren Creutzburg und Geithner käme. Im übrigen würden sie mit Ihrer Person der Reichsregierung und den Reichsgerichten verantwortlich sein, für das, was sie täten. Er bitte zum Schluss, die Entschliessung der Gefechtsleitung schriftlich zu fixieren und mit Unterschrift zu versehen. Dem Genossen Büchel wurde dann später ein verschlossener Brief ausgehändigt, den er nach Rückkehr zum Garnisonkommando dem Major Zimmermann ungeöffnet übergab. Dieser Brief hatte folgenden Wortlaut:

Erklärung.

Im Namen der Anwesenden Vollzugsratmidglieder haben wir den Gegner die Mitteilung zu machen, das wir eine Verständigung auf der Basis für möglich halten, daß von den Truppen sämtliche Waffen abgeliefert werden. Den Mannschaften freier Abzug gewährt wird. Wir lehnen eine Vermittlung von neutraler Seite ab. Da uns gestern ausdrücklich erklärt wurde, liesen sie sich nicht mehr auf Verhandlungen ein.

I.A.Creutzburg

Gotha, den 18.3.20.

Herr Major Zimmermann dankte dem Genossen Büchel für seinen Vermittlungsversuch, übergab ihm das Schreiben und erklärte, dass nunmehr eine Verständigung unmöglich sei, daß er eine solche Bedingung ablehnen müsse. Im übrigen sei bereits vor einer Viertelstunde das Postgebäude von allen Seiten angegriffen worden und ein Kommando dorthin entsandt sei, um die Postbesatzung zurückzubringen. Nach schweren Kämpfen wurde gegen abend das Postgebäude von der Reichs- und Sicherheiswehr geräumt, wobei der bereits genannte Major Heims durch einen Halsschuss schwer verletzt wurde. Drei zurückgelassene Verwundete, darunter der Sekretär der demokratischen Partei Herr Häring sollen von den Angreifern an die Wand gestellt und erschossen worden sein. Durch Zeugen ist festgestellt werden, dass nach der Räumung zurückgeblieben drei Sicherheitswehrleute, die sich am Hohen Sand gefangen gaben ermordet worden sind. Die Reichs- , sowohl wie die Sicherheitswehr, mussten in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag die Kaserne räumen und hat sich auf Umwegen in der Richtung Erfurt durchgeschlagen. Am Freitag mor-

K536993

gen konnte festgestellt werden, dass in der Stadt Schaufenster geplündert waren. Dtec

Die Besatzung des Flugplatzes, welche am Abend vom Mittwoch zum Donnerstag eine Verstärkung durch das Detachement Hünnecken erhalten hatte, konnte sich in sehr schwerem Kampfe bis Freitag abend 8 Uhr halten, wurde dann später durch die 4.Reichswehrkompagnie des Regiments 21 in der Richtung auf Erfurt entsetzt werden und zurückziehen. Beim Rückzuge sind sämtliche Reichsgüter der Flugplatzes des Flammen übergeben worden. Darunter 70 Flugzeuge und mehrere 100 000 Schuss Munition.